

V0029/24/1

Krankenhauszweckverband Ingolstadt
Standortübergreifende Medizinstrategie für die Region 10
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Antrag:

1. Der Stadtrat befürwortet die Weiterverfolgung der von PwC für das Klinikum Ingolstadt, die Kliniken im Naturpark Altmühltal, die Ilmtalkliniken und das Kreiskrankenhaus Schrobenhausen vorgeschlagenen gemeinsamen standortübergreifenden Medizinstrategie basierend auf dem „Nabe & Speichen“- Modell im Sinne eines integrierten Klinikverbunds.
2. Der Stadtrat beauftragt die Erarbeitung der konkreten Ausgestaltung des „Nabe & Speichen“ - Modells in organisatorischer, rechtlicher sowie finanzieller und steuerlicher Hinsicht.
3. Der Stadtrat, der Aufsichtsrat der Klinikum Ingolstadt GmbH und die Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt sind regelmäßig zu befassen und fortwährend einzubinden.

Die von der Stadt Ingolstadt entsandten Verbandsräte werden beauftragt ihr Stimmrecht in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt nach Maßgabe dieses Beschlusses des Stadtrates auszuüben.

Stadtrat	30.01.2024	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 30.01.2024

Eintritt in die öffentliche Sitzung um 18:40 Uhr.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass die Situation in den Krankenhäusern in Deutschland überall ähnlich sei. Alle Häuser stehen vor gewaltigen Herausforderungen und überall steigen massiv die Kosten für Energie, Wareneinkauf und Personal. Auf der anderen Seite gebe es eingebrochene Erlöse, vor allem endliche Erlöse im Gesundheitssystem. Die Schere zwischen Kosten und Erlösen gehe bei fast allen Häusern dramatisch auseinander. Wie bereits in der Presse bekannt, betrage das Defizit bei den Häusern in der Region fast 75 Mio. Euro. Diesbezüglich werde im Bund eine Krankenhausstrukturreform diskutiert. Diese sei noch nicht beschlossen, stehe aber in den Grundzügen bereits fest. Verstärkte Ambulantisierung, verstärkte Digitalisierung, die Konzentration komplexer Fälle in den größeren Häusern, gleichzeitig das Bedürfnis und die dringende Notwendigkeit, die Gesundheitsversorgung auch in der Fläche sicherzustellen. In der Region habe man beschlossen, dass nicht abgewartet werden könne und man auch nicht wolle, bis eine bundesweite Gesundheitsreform beschlossen werde. Insofern sei man selbst aktiv geworden. In der Region habe man sich darauf geeinigt, dass man proaktiv gegensteuern müsse. Dies sei auch der Grund, warum sich die drei Landkreise, die Stadt Ingolstadt und auch der Landkreis Kelheim durch Mainburg, also sechs Gebietskörperschaften, vier Landkreise, eine kreisfreie Stadt und der Bezirk Oberbayern sich gemeinsam auf den Weg

gemacht haben und ein gemeinsames Gutachten bei PwC über eine regionale Medizinstrategie in Auftrag gegeben haben. Im Moment sei die Situation so, dass alle massive Defizite aufweisen und bei allen die Situation unbefriedigend und negativ zu bewerten sei. Ziel sei, dass für alle eine Win-Win-Situation geschaffen und die Defizite massiv reduziert werden können. Für Ingolstadt bedeute der Gutachtenvorschlag eine Stärkung des Klinikums, weil dieses als großer Versorger in der Mitte der Region, auch der starke Versorger der Mitte bleiben solle. Das Klinikum sei auf die komplexen Fälle und auf die Zuweisungen aus den Krankenhäusern angewiesen. Nur so könne die nötige Fallmenge generiert und das Leistungsspektrum aufrechterhalten werden. Auch nur so bestehe die Basis dafür, das Leistungsspektrum perspektivisch noch auszuweiten. Deswegen sei es wichtig, so der Oberbürgermeister, dass Zuweisungen von den Krankenhäusern aus der Fläche ans Klinikum verstärkt erfolgen. Genauso wichtig sei es aber auch, dass die Gesundheitsversorgung in der Region stark bleibe. Das Klinikum könne niemals die Notfallversorgung für die gesamte Region gewährleisten, denn es sei bereits jetzt eine Überlastung der Notaufnahme gegeben. Es sei dringend notwendig, dass die Gesundheitszentren und die Krankenhäuser der Region die Notfallversorgung in der Fläche weiterhin sicherstellen. Der von PwC vorgelegte Vorschlag sei ausgewogen und nicht nur wirtschaftlich orientiert, sondern in erster Linie auch an den medizinischen Notwendigkeiten angelehnt. Weiter informiert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass die nichtöffentliche Diskussion deswegen wichtig gewesen sei, weil das Klinikum genauso wie alle anderen Krankenhäuser in der Region im Wettbewerb stehen. Das Gutachten enthalte auch Wirtschaftsdaten und Geschäftsgeheimnisse, die nicht für jedermann und auch nicht von den privaten Konkurrenten eingesehen werden dürfen. Es sei heute entscheidend gewesen, die Diskussion ganz offen und unvoreingenommen nichtöffentlich zu führen. Der überwiegende Konsens der Diskussion sei eine gemeinsame Zusammenarbeit in der Region. Das vorliegende Gutachten sei ein Startschuss. Es sei noch keine Blaupause, die es eins zu eins umzusetzen gelte, sondern dies sei erst der Beginn der eigentlichen Diskussionen. Bei Betrachtung des Antrags, der eine wie vorher besprochen, parteiübergreifende Modifizierung erhalte, zeige, dass das PwC-Gutachten als gute Grundlage betrachtet werde. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont nochmals, dass heute der Startschuss für die weiteren Beratungen, die vertieften Untersuchungen und die Detailklärungen zusammen mit den anderen Gebietskörperschaften, sei. Dies heiße, dass man nicht am Ende der Diskussion stehe, sondern dass heute der Startschuss für den Beginn der Diskussionen und weiterer vertiefter Untersuchungen, sei. Wenn der Arbeitsauftrag vom Ingolstädter Stadtrat erteilt werde, werde man sich auf den Weg machen mit den anderen Klinikgeschäftsführern und den anderen Gebietskörperschaften. Pfaffenhofen und Eichstätt habe bereits den Startschuss erteilt. Es werde dann nicht nur regelmäßig im Aufsichtsrat und in der Verbandsversammlung darüber berichtet, sondern das Thema werde auch in jeder Stadtratssitzung als fester Tagesordnungspunkt verankert. Der heutige Startschuss sei ein Meilenstein in der regionalen Zusammenarbeit. In ganz vielen Bereichen erlebe man, dass Politik immer komplizierter und die Herausforderungen immer größer werden. Dabei verweist er auf den Bereich der Sparkasse und des öffentlichen Personennahverkehrs. Nun sei auch im Bereich des Gesundheitswesens ersichtlich, dass die Notwendigkeit bestehe überregional zusammenzuarbeiten. Oberbürgermeister Dr. Scharpf bedankt sich für die konstruktive und kritische Diskussion. Er merkt an, dass noch viele Fragen in den nächsten Monaten geklärt werden müssen. Aber er glaube, hier auf dem richtigen Weg zu sein um ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Stadtrat Stachel merkt an, dass in der nichtöffentlichen Diskussion die verschiedenen Fragen einigermaßen ausgetauscht worden seien. Bei manchen sei die Beantwortung in die Zukunft vertagt worden. Seine Fraktion unterstütze das Ansinnen in der Region zusammenzuarbeiten. Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe gerade richtig erwähnt, dass dies bereits auf anderen Ebenen passiere und durchaus positiv wahrzunehmen sei. Nichtsdestotrotz sei es so, dass die FW-Stadtratsfraktion vom Selbstverständnis her für eine sachliche Entscheidung immer die bestmögliche Information einfordere. Dies mache er seit mehreren Wochen. Er merkt an, dass er hier nicht ans Ziel gekommen sei, um diese

Grundlagen zu erhalten. Der vorgeschlagene Prozess sei ein ganz langer Weg. Es sei bereits ein langer Weg zurückgelegt worden, aber ein längerer stehe noch bevor. Stadtrat Stachel bemängelt, dass man sich nur 14 Tage von der ersten wirklichen handfesten Information bis zum heutigen Tage ausführlich mit dem Inhalt beschäftigen konnte. Trotzdem basiere dies nur auf einer Präsentation zu einem Gutachten, das er so nicht kenne. Aus diesem Grund werde die FW-Stadtratsfraktion dem Beschluss heute nicht zustimmen. Dies bedeute aber nicht, dass sich seine Fraktion weiterhin nicht offen und interessiert für eine konstruktive Arbeit zeige, die von den Sachverständigen und der Geschäftsführung des Klinikums begleitet werde. Aber auch im Sinne der Region und der bestmöglichen Gesundheitsversorgung für die Bürger in der Region, bittet er ausdrücklich um Verständnis dafür, denn es könne nicht sein, dass diese Entscheidung mit nicht ausreichenden Unterlagen und unter Zeitdruck getroffen werden müsse. Dies sei nach seinen Worten eine gewisse Enttäuschung. Aber nichtdestotrotz, die nächsten angekündigten Schritte und die vorliegende Beschlussvorlage nährt zumindest die Hoffnung, dass dies etwas besser werde. Es könne durchaus sein, dass die weiteren Schritte positiv seitens seiner Fraktion begleitet werden.

In der nicht öffentlichen Sitzung habe man bereits die Antworten auf den vorgelegten Fragenkatalog der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhalten, so Stadtrat Höbusch. Das heißt, dass sich seine Fraktion in den vergangenen zwei Wochen intensiv mit den vorhandenen Informationen auseinandergesetzt und zur Kenntnis genommen habe. Er spricht seinen Dank für die schriftliche Beantwortung der Fragen im Nachgang aus. Stadtrat Höbusch betont, dass man sich nun auch gemeinsam auf einen Textentwurf ohne die Freien Wähler verständigt habe. Mit diesem könne die Grüne Fraktion sehr gut mitgehen. Damit wolle man ganz deutlich für die Ingolstädter Bevölkerung und die in der Region ein Startsignal setzen, dass man sich auf den Weg mache, um die Gesundheitsversorgung in der Region 10 auf eine nachhaltige und tragfähige Basis zu stellen. Es sei so, dass noch nicht alle Informationen vorliegen, die sich im Wege der weiteren Erarbeitung der konkreten Ausgestaltung ergeben können. Aber seine Fraktion wolle das Signal geben, sich um die Versorgung der Bevölkerung zu kümmern. Wie von Herrn Prof. Lackner erwähnt, sei Ingolstadt hier ein gutes Stück voraus. Diesen Vorsprung müsse man nutzen und insofern sichert Stadtrat Höbusch Zustimmung der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Es sei eine große Herausforderung die Kliniken in der Region und auch das Ingolstädter Klinikum langfristig auf gesunde Beine zu stellen, so Stadtrat De Lapuente. Die Zeiten seien leider so, dass ein Klinikum Defizite schreibe. Mittlerweile habe auch das Ingolstädter Klinikum ein hohes Defizit. Der Gesetzgeber reagiere darauf und habe eine Krankenhausfinanzierung auf den Weg gebracht. Diese bringe Verbesserungen und mehr Geld. Es sei wichtig, dass auf Bundesebene auch diejenigen, die vielleicht noch blockieren, dabei verweist er auf die CSU, die Wege nun freimachen, weil das Geld – auch beim Klinikum - unbedingt benötigt werde. Deswegen hoffe er, dass auf Bundesebene eine Einigung erzielt werde. Dieses Geld alleine reiche nicht aus, dass man das Klinikum Ingolstadt und auch die Kliniken in der Region erhalten könne. Die Gefahr drohe wie auch bei vielen Kliniken in Bayern in Anbetracht des Kliniksterbens in den letzten Jahren. Stadtrat De Lapuente finde es erstrebenswert und wichtig, diesen gemeinsamen Weg zu gehen und zu versuchen die Krankenhausfinanzierung aber auch den Erhalt der Krankenhäuser und die medizinische Versorgung auf einen guten Weg zu bringen. Er hoffe, dass das Kliniksterben in der Region nicht eintreten werde. Heute beschließe der Stadtrat einen möglichen Weg dafür. Es sei nur ein Weg auf der Grundlage eines Gutachtens. Dieses liege vor und Stadtrat De Lapuente glaube, dass die Verantwortlichen hier im Haus eine große Verantwortung tragen, damit dieser Weg jetzt nicht schon blockiert oder gar gebremst werde. Er hoffe, diesen Weg für weitere Diskussionen in der Region zu öffnen. An die Freien Wähler gewandt merkt er an, dass man ganz am Anfang des Prozesses stehe. Wenn man sich jetzt schon dagegenstelle, dann sei man prinzipiell falsch auf diesem Weg. Nun beginne der Weg mit vielen Partnern zu sprechen, regional mit politischen Mandatsträgern, mit

Interessenvertretungen, mit Gewerkschaften und Krankenkassen, alle die eine Rolle spielen. Diese Akteure müssen im Aufsichtsrat und im Zweckverbund eingebunden werden. Der Stadtrat solle ein deutliches Zeichen setzen, dass man sich gemeinsam mit der Region auf den Weg mache um das Klinikum Ingolstadt, aber auch die Kliniken in der Region auf gesunde Füße zu stellen. Dies sollte ein Zeichen nach außen sein. Eichstätt und Pfaffenhofen haben dies bereits getan.

Aus Sicht der CSU-Stadtratsfraktion ein klares Ja, um sich gemeinsam auf den Weg zu machen. Nach den Worten von Stadtrat Dr. Kern solle ein Startschuss für eine gemeinsame medizinische Versorgung in der Region gegeben werden, um einen Mehrwert für die Bürger in der medizinischen Versorgung zu schaffen. Seine Fraktion finde den heutigen Startschuss völlig in Ordnung. An seinen Stadtratskollegen Stachel gewandt verstehe er, mehr Informationen erhalten zu wollen. Er betont aber nochmals, dass es sich heute um den Beginn eines Prozesses handelt. Mit der Beschlussfassung könne das Gutachten vollständig eingesehen werden. Er wolle bei dem Prozess, bei dem weiteren Verfahren so viel Transparenz wie möglich. Erfreulicherweise sei festgelegt worden, dass in jeder Stadtratssitzung über den Sachstand informiert werde. Stadtrat Dr. Kern regt an die Bürger mitzunehmen, denn es gehe um deren Versorgung. Das ganze Verfahren sei nun ergebnisoffen. Es sei nichts vereinbart, so lange nichts fix sei. Aber die Realität müsse anerkannt werden, man müsse mit den Partnern der umliegenden Landkreise ins Gespräch kommen und diese vertiefen. Insgesamt sei er zuversichtlich. Aber es müsse sachlich Stück für Stück gemeinsam eine Lösung gefunden werden. Aufgrund der hohen Kosten sei ein genaues und sehr exaktes Vorgehen nötig. Der heutige Startschuss sei mit Sicherheit sinnvoll und gut und deswegen werde die CSU-Stadtratsfraktion hier zustimmen. Auch hinsichtlich dessen, dass das Gutachten vollständig eingesehen werden könne und in jeder Stadtratssitzung das Thema behandelt werde. Er regt nochmals an, so viel Transparenz wie möglich in diesem Prozess zu schaffen.

Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU habe bereits im Jahr 2021 einen Antrag für ein Strukturgutachten gestellt. Nun sei man an einem Punkt, dass erste Ergebnisse vorliegen. Stadtrat Schäuble begrüße es außerordentlich, dass man sich in der Region auf den Weg für eine Zusammenarbeit mache. Er glaube, man müsse sich trotzdem die Zeit nehmen in diesem Prozess alle Details so abzuwägen, dass man zu einer schlagkräftigen Zusammenarbeit komme. Die Ziele müssen definiert werden und man müsse sich klar werden, welcher Weg zusammen beschritten werden solle. Ohne diese Zieldefinition und die gemeinsame enge Abstimmung, werde es im Nachgang aus seiner Sicht schwierig. Dies erfordere Zeit und Sorgfalt. Stadtrat Schäuble denke, dass es ganz wichtig sei, in diesem Prozess sich die Zeit und die Sorgfalt zu nehmen um alles abzuwägen, zu diskutieren und sich damit auseinanderzusetzen. Nur so könne man zu einem Ergebnis, was für die Region ein deutlicher Mehrwert sei, sowohl was die Entlastung der kommunalen Haushalte betreffe, als auch die positive und gestärkte Zukunft der medizinischen Versorgung, weil diese ein ganz integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge sei. Man mache sich hier zusammen auf den Weg, der wahrscheinlich kein gerader sein werde. Nun schon von einem richtigen oder falschen zu sprechen brauche es hier nicht. Das Signal das zusammen gesendet werde, sei, dass man einer Kooperation positiv gegenüberstehe. Diesen Weg solle man weiter beschreiten.

Stadtrat Dr. Meyer erinnere sich an den Spruch „Das Fundament ist die Grundlage einer jeden Basis“. Es sei so oft betont worden, sich mit einer ersten Grundlage auf den Weg zu machen. Die Wahrheit sei aber, dass es in der ganzen Region sehr große Erwartungen gebe und in den letzten Tagen und Wochen ein gewisser Druck, zu konkreten Strukturen zu kommen, spürbar gewesen sei. Stadtrat Dr. Meyer sei aber trotzdem sehr dankbar, dass man durch die geübte Kritik dahin gekommen sei, das Verfahren weiterhin noch offen zu halten. Er wolle in der öffentlichen Sitzung vermitteln, dass er sehr genau hinschaue und die

unterschiedlichen Alternativen weiterhin prüfe, um das gemeinsame Ziel einer starken ausgewogenen Kooperationsform zu erlangen.

Für die UWG-Stadtratsfraktion sei es sehr wichtig, dass ein gemeinsamer Weg beschritten werde, um die medizinische Versorgung der Bürger in Ingolstadt und auch in der Region zu gewährleisten, so Stadtrat Köhler. Grundlage dafür sei das heute vorliegende Gutachten, welches sicher noch intensiv in den verschiedenen Gremien diskutiert werden müsse. Seine Fraktion werde intensiv daran mitarbeiten und er hoffe, dass seine Stadtratskollegen der FW-Stadtratsfraktion sich positiv zur Fortführen des Gutachtens stellen können. Eine einstimmige Beschlussfassung sei ein Zeichen für die Zusammenarbeit in der Region.

Abstimmung über die geänderte Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat befürwortet die Weiterverfolgung einer gemeinsamen standortübergreifenden Medizinstrategie für das Klinikum Ingolstadt, die Kliniken im Naturpark Altmühltal, die Ilmtalkliniken und das Kreiskrankenhaus Schrobenhausen im Sinne eines integrierten Klinikverbunds auf Grundlage des PwC-Gutachtens.
2. Der Stadtrat beauftragt die Erarbeitung der konkreten Ausgestaltung des „Nabe & Speichen“ – Modells in organisatorischer, rechtlicher sowie finanzieller und steuerlicher Hinsicht.
3. Der Stadtrat, der Aufsichtsrat der Klinikum Ingolstadt GmbH und die Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt sind regelmäßig zu befassen und fortwährend einzubinden. Das Gutachten ist dem Stadtrat vollständig zur Einsicht in Ingolstadt vorzulegen.

Die von der Stadt Ingolstadt entsandten Verbandsräte werden beauftragt ihr Stimmrecht in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt nach Maßgabe dieses Beschlusses des Stadtrates auszuüben.

Gegen 4 Stimmen (FW-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag genehmigt.